

Niederschrift
über die Sitzung des Digitalisierungsausschusses
am 02.10.2019

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 17:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Thorsten Kirstein
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Simon Lange
Herr Alexander Rüsing
Frau Carla Steinkröger

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Ole Heimbeck
Herr Lukas Koch
Herr Holm Sternbacher
Herr Sören Witt

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer-Silvester Hahn
Herr Dominic Hallau
Frau Christina Osei

Bielefelder Mitte

Herr Thomas Rüscher

FDP

Herr Jan Maik Schlifter

Die Linke

Herr Dr. Dirk Schmitz

Von der Verwaltung:

Herr Klempsmann, Stab Dezernat 1
Herr Leifeld – (Schriftführer) Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen
Herr Meier - Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen
Herr Stein – Bauamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schmitz begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Einladung fest. Er weist darauf hin, dass das digitale Aufzeichnungsgerät gestartet wird.

Zur Tagesordnung gibt der Ausschussvorsitzende folgende Hinweise:

Die ursprünglich an den Digitalisierungsausschuss gestellte Anfrage von Bündnis90/Die GRÜNEN „Weitergabe personenbezogener Daten durch das Bürgeramt?“ wurde an den Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss verwiesen, da das Thema Datenschutz nach der Zuständigkeitsordnung dessen Aufgabenbereich zugewiesen ist.

Die Anfrage der CDU-Fraktion „Die Verwaltung wird beauftragt einen geografischen Bedarfsplan (Wohngebiet, Gewerbe, Bildung, etc.) für die Breitbandversorgung zu erstellen und dem Ausschuss in der Novembersitzung vorzustellen“ wird in Abstimmung mit Herrn Lange von der CDU in der nächsten Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 13.11.2019 behandelt, da sich Frau Opitz von der Verwaltung derzeit in Urlaub befindet.

Der Rat der Stadt Bielefeld hat in seiner Sitzung am 26.09.2019 entschieden, dass das Konzept zum Digitalisierungsbüro im Digitalisierungsausschuss beraten wird. Dies wird für die nächste Sitzung auf die Tagesordnung genommen.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 5. Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 10.09.2019

Herr Meier weist ergänzend zur Niederschrift zum Tagesordnungspunkt 3.2 „Höhe der Lizenzgebühren kommerzieller bzw. proprietärer Softwareprodukte“ darauf hin, dass die Verwaltung über Lizenzgebühren weiterer proprietärer Softwareprodukte berichten könne, wenn dies gewünscht werde. Es wird einvernehmlich vereinbart, dass zur nächsten Sitzung dazu Anfragen an die Verwaltung gestellt werden können, die dann in der übernächsten Sitzung beantwortet werden.

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 5. Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 10.09.2019 wird nach Inhalt und Form genehmigt.

- bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

keine

Zu Punkt 3 **Anfragen**

keine

Zu Punkt 4 **Anträge**

keine

Zu Punkt 5 **2. Lesung - Haushaltsplan 2020/2021 ff. für die Produktgruppe
11.01.18 Verwaltungsleitung - Dezernat Inneres/Finanzen so-
wie Stellenplan für den Stab Dezernat 1**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9113/2014-2020

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schmitz weist darauf hin, dass gemäß der Zuständigkeit des Digitalisierungsausschusses nur die Produktgruppe 11.01.18.02 „Digitalisierungsbüro und Digitale Modellregion OWL“ zu behandeln sei.

Herr Rüscher gibt zu Protokoll, dass er die Beratungsreihenfolge nicht für richtig befände. Es sollten lt. Vorlage Mehrstellen beschlossen werden, aber das Konzept, das Basis dafür sei, solle erst in der nächsten Sitzung behandelt werden. Zunächst müsse dieses an die aktuellen Bedingungen angepasst werden. Erst dann könne man sehen, welche Prioritäten es zu Anfang gibt und welche Stellen man dafür brauche. Daher habe er Schwierigkeiten ohne vorliegendes Konzept Mehrstellen zu beschließen.

Herr Lange teilt die Einschätzung von Herrn Rüscher hinsichtlich der Finanzierung der Mehrstellen des Digitalisierungsbüros und es werde nicht deutlich, in welche Richtung es gehen solle. Es werde nicht deutlich, wie dieses haushalterisch und organisatorisch einzuordnen sei und welche Akzente gesetzt würden. Daher könne man dieser Vorlage nicht zustimmen.

Herr Schlifter fragt zum Konzept hinsichtlich einer Beteiligung der Stadtwerke. Herr Klempsmann und Herr Meier erläutern anhand der Vorlage und den Anlagen, dass zwar auch eine personelle Beteiligung der Stadtwerke vorgesehen sei, es sich bei den Ansätzen lt. Vorlage aber ausschließlich um die finanziellen Mittel (Aufwand) im Rahmen des Haushalts handele, die auf die Stadt Bielefeld entfallen. Anhand der Anlage 4 wird dargelegt, dass Zuweisungen und Zuschüsse Dritter (z.B. Fördergelder vom Land) als Erträge im Gesamtergebnis saldiert werden.

Der Ausschussvorsitzende lässt sodann über die Vorlage abstimmen und es ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:

Gemäß der Zuständigkeit des Digitalisierungsausschusses wird zur Vorlage nur zur Produktgruppe 11.01.18.02 „Digitalisierungsbüro und Digitale Modellregion OWL“ abgestimmt.

Der Digitalisierungsausschuss und der Finanz- und Personalausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Bielefeld den Doppelhaushaltsplan 2020/2021 ff. mit den Plandaten für die Jahre 2020 bis 2024 wie folgt zu beschließen:

- 1. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.18, Verwaltungsleitung - Dezernat Inneres/Finanzen wird unter Berücksichtigung der sich aus der Veränderungsliste „Ergebnis- und/oder Finanzplanung“ ergebenden Anpassungen mit ordentlichen Erträgen im Jahr 2020 in Höhe von 790.840 € und im Jahr 2021 in Höhe von 582.217 € sowie ordentlichen Aufwendungen im Jahr 2020 in Höhe von 1.451.085 € und im Jahr 2021 in Höhe von 1.157.792 € zugestimmt.**
- 2. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.18 wird unter Berücksichtigung der sich aus der Veränderungsliste „Finanzplanung, investive Maßnahmen“ ergebenden Anpassungen mit investiven Einzahlungen im Jahr 2020 in Höhe von 265.200 € und im Jahr 2021 in Höhe von 153.600 € sowie investiven Auszahlungen im Jahr 2020 in Höhe von 234.300 € und im Jahr 2021 in Höhe von 307.600 € zugestimmt.**
- 3. Dem Stellenplan 2020/2021 für den Stab Dezernat 1 wird ohne Veränderungen zugestimmt.**
- 4. Dem zusätzlichen überplanmäßigen Personalbedarf im Umfang von drei Vollzeitäquivalenten für das Digitalisierungsbüro mit einem zusätzlichen Personalaufwand in Höhe von**

180.000 EUR/Jahr wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 6

2. Lesung - Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2020/2021 für das Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9141/2014-2020

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schmitz weist darauf hin, dass gemäß der Zuständigkeit des Digitalisierungsausschusses zur Vorlage nur Punkt IV, Produktgruppe 11.01.75 „Digitalisierungsausschuss“ zu behandeln sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Digitalisierungsausschuss folgenden

Beschluss:

Gemäß der Zuständigkeit des Digitalisierungsausschusses wird zur Vorlage nur zum Punkt IV, Produktgruppe 11.01.75 „Digitalisierungsausschuss“ abgestimmt.

Der Digitalisierungsausschuss und der Finanz- und Personalausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Bielefeld, den Doppelhaushaltsplan 2020/2021 mit den Plandaten für die Jahre 2022 bis 2024 wie folgt zu beschließen:

IV) Produktgruppe 11.01.75 (Digitalisierungsausschuss)

- 1. Den Zielen und Beschreibungen der Produktgruppe 11.01.75 (Band II Seiten 307 bis 308) wird zugestimmt.**
- 2. In Teilergebnis- und Teilfinanzplänen sind für die Jahre 2020 und 2021 sowie die Planungsjahre 2022 bis 2024 keine Beträge ausgewiesen. Die Bezahlung eventueller Aufwände erfolgt, wie in 2019 auch, zunächst aus dem Budget der Produktgruppe 11.01.10. Bei vorliegenden Erfahrungswerten aus 2019 werden separate Beträge in der Produktgruppe 11.01.75 für die Jahre 2022 ff. veranschlagt und ausgewiesen. Dementsprechend entfallen die Erläuterungen in der Begründung dieser Vorlage.**

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 7 Beschlusscontrolling

entfällt

Bielefeld, den 04.10.2019

Dr. Dirk Schmitz
Ausschussvorsitzender

Dieter Leifeld
Schriftführer